

Innerste Krise

Eine Zeitschrift brachte neulich einen bilderreichen Satz, der den bekannnten Niedergang des neuzeitlichen Parlamentarismus recht nett beleuchtet. Da hieß es: Eine Anzahl „erwählter“ Abgeordneter schließe in allerlei undurchsichtigen Ausschüssen ganze Klumpen von Gesetzesparagrafen in den Reichsbüchsen und hole in präparierten Schaufenstern den halbbadenen, kitzigen Gesetzesstudien ans öffentliche Licht, der dann natürlich entsprechend wenig beklümmlich sei. Ein Stimmungsfähigen. Es zeigt blühartig, wie wenig Vertrauen heute zu den parlamentarischen Methoden und Weisheiten herrscht. Und das bedeutet nicht die geringste unter allen schlechenden Krisen, wenn man sich achselzuckend oder höhnischelnd gegenüber einer Volksvertretung verhält, wo doch nur der Parteigeist den Ausschlag gibt, natürlich im Zusammenhang mit allerlei bösem Ruhhandel. Wer diese Dinge ruhig betrachtet, muß schließlich feststellen, daß sogar, durch den Wirrwarr der letzten Zeit, der Glaube an Staat und Volk überhaupt beträchtlich insanken geraten ist. Und das ist wieder eine sehr tiefgreifende Krise. Denn ohne die Gefühlsgewißheit, daß ein staatliches Volksganzes trotz aller Kleinigkeiten doch noch eine innere Zukunftskraft besitze, kann schließlich nichts Brauchbares geschaffen werden. Wenn man erst so weit ist, daß man sagt, es habe ja doch keinen Zweck, irgend etwas zu erhoffen, dann senkt es sich freilich so lähmend auf das letzte bishigen Kraft, daß man sie höchstens noch im allereigensten und persönlichen Interesse in Bewegung setzt. Und da haben wir einen psychologischen Grund für den weithin verbreiteten Eignisunserer herrlich neuen Zeit. Allgemeinheit — humanität — Sozialbewußtsein, jawohl, in großen Worten, aber nicht in der schlichten Tat.

Seit Jahr und Tag redet man von der deutschen Geistesnot. Es ist ein langes, bitteres Klagegedicht geworden. Künste und Wissenschaften liegen brach, und die persönliche schreiende Notlage ungezählter deutscher Geistesarbeiter schreit eben weiter, oder sie verelenden zuletzt still am Weg hin, die Dichter und Denker, die Künstler und Könner, die vielleicht schon hunderttausenden von Mitmenschen stille, erbebende Stunden brachten. Die Bibliotheken, nicht zuletzt auch die volkstümlichen Leihbibliotheken, können sich nicht erneuern und ergänzen. Nicht ohne Grund haben unsere Väter gerade in den Zeiten furchtbaren politischen Niedergangs vor allem den geistigen Drang und Aufstieg zu fördern gesucht. Heute haben unsere Besten und Tatkräftigsten die entsprechende gute Einsicht. Aber das Materielle scheint alles andere erdrücken und erstickend zu wollen.

Was soll werden? Soll der ganze deutsche Idealismus einfach verloren gehen? Es gibt genug Zeitgenossen, die sich darüber weiter nicht aufregen würden. Ihnen genügt der Profit. Neun Zehntel ihres Denkens und Trachtens ist nur darauf eingestellt. Das Treibende dabei ist das eine Mal die graue, harte Sorge und das andere Mal eine brutale Genußgier in süßen Formen. Die Dollarsucht rumort auch heute noch, trotz der Rentenmark, in deutschen Ländern, wie wenn es sonst kaum noch etwas Wichtiges gäbe neben dieser täglichen Antkündigung, wie diese angebetete aller Geldsorten sacht und steigt. In Geschäft und Bureau, in Amt und Häuslichkeit, überall ist's das gleiche Gespräch, der gleiche Ton in Hirn und Herz: das Materielle, das Wirtschaftliche! Wird man aber von diesen Dingen überlastet und ganz und gar innerlich überstaubt, dann ist's ein Unglück für den Menschen und insbesondere für den deutschen Menschen, der nun einmal auf die Dauer gar nicht leben und sterben kann ohne ein Höheres und Ideelles. Kein blöder Spott ändert etwas an der Tatsache, daß Deutschland und Idealgefühnung einander aufs nächste verwandt sind.

Wer diesen Fragen nachgeht, der kommt wohl in die Nähe einer Not, die als innerste Krise allerschwerigster Art anzusprechen ist. Es handelt sich um die Not der Weltanschauung überhaupt. Unter all dem Druck des täglichen Geschehens, unter den unendlich vielen Wirnissen und Kümernissen auf allen Lebens- und Kulturgebieten, sind die meisten Menschen seelisch nerods und unsicher geworden. Es fehlt so vielen der innere Halt. Auch die bewährtesten moralischen Werte sind vielen keine Gewißheit mehr. Die religiösen Kräfte haben für manchen den Sinn verloren, weil er auf die Größelfrage nach dem Warum des Leids und der Rätsel der gegenwärtigen Weltentwicklung keine Antwort fand. Man sucht heiß und sehnsuchtsvoll nach innerer Lebensharmonie und erlebt immer wieder abschließliche Mißhänge. Die inneren und innersten Krisen, die Spannungen zwischen Kopf und Seele, zwischen Ideal und Wirklichkeit, dürfen nicht unterschätzt werden. Sie sind das Barometer für eine ganze Kulturatmosphäre. Unendlich viel hängt davon ab, daß sie erkannt und wenigstens annähernd gelöst werden. Eine schwere Aufgabe, aber sie bedeutet notwendige Gegenwartsarbeit!

Tagespiegel

Der Senator Lantroot hat laut „Chicago Tribune“ im amerikanischen Senat den Antrag eingebracht, daß die Vereinigten Staaten dem internationalen Gerichtshof beitreten unter der Voraussetzung, daß der Gerichtshof vollständig vom Völkerbund losgetrennt sei.

Die perijische Gesandtschaft in Paris befreitet, daß in Persien die Republik ausgerufen worden sei. Die Ordnung sei nirgends gestört worden.

Die mexikanischen Aufständischen haben den Regierungsgeneral Perlanga gefangen und erschossen. Die Verbindung zwischen Anarez und Mexiko soll unterbrochen sein. Es haben verschiedene Kämpfe stattgefunden.

Der angemessene Goldmarkpreis

Das Reichswirtschaftsministerium hat über die Frage des angemessenen Goldmarkpreises eine Denkschrift herausgegeben, in der zunächst darauf hingewiesen wird, daß infolge der Veränderung in der Bewertung der deutschen Mark und mit dem Eindringen der wertbeständigen Zahlungsmittel die Geldentwertungszuschläge als unberechtigt angesehen werden müssen, und daß die gestellten Goldmarkpreise angemessen sein müssen. Aber die Frage ist, was ist als angemessener Goldmarkpreis anzusehen? Der Antrag, amüslichereris angemessene Richtpreise in Goldmark aufzustellen und zu veröffentlichen, ist vom Reichswirtschaftsrat infolge der technischen Unmöglichkeit und der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit abgelehnt worden. Als gewisser Anhaltspunkt für die Beurteilung des angemessenen Goldmarkpreises kann der Vorkriegsgoldmarkpreis dienen, d. h. der Preis des Jahres 1913, wenn man sich dabei zwei wichtige Tatsachen vergegenwärtigt.

Die eine ist diese: Deutschland ist in das System der Weltwirtschaft einbezogen und daher in starkem Maß von der Preisbewegung auf dem Weltmarkt abhängig. Auf dem Weltmarkt ist eine „echte Teuerung“ gegenüber 1913 zu beobachten. In England z. B. ergibt sich für Oktober 1923, den Preisstand 1913 mit 100 angenommen, eine Hebung des Preisstands des Großhandels auf 158, des Kleinhandels auf 175. Soweit die deutsche Erzeugung aus ausländische Rohstoffe angewiesen ist, müssen die deutschen Herstellungskosten zwangsläufig an der echten Teuerung auf dem Weltmarkt teilnehmen. Man würde z. B. Unberechtigtes verlangen, wollte man die Lieferung von Webwaren, die durchschnittlich zu 55 Prozent ihres Werts aus ausländischen Rohstoffen bestehen, zu den Goldmarkpreisen von 1913 verlangen, wenn auf dem Weltmarkt Baumwolle im Durchschnitt des Oktobers um etwa 100 Prozent, Ende Oktober bereits um 140 Prozent, Wolle um etwa 150 Prozent gestiegen ist. Auf der anderen Seite würde z. B. die Förderung des Friedenspreises für Kautschutwaren eine Preisüberfegung bedeuten, da Kautschuk auf dem Weltmarkt um 68 Prozent gefallen ist und Kautschutwaren durchschnittlich zu 80 Prozent ihres Werts aus Auslandsrohstoffen bestehen.

Neben den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen weisen die Selbstkostenfaktoren der deutschen Wirtschaft auf noch eine ausgesprochene Eigenbewegung auf, auf die bei der Verwendung der Preise von 1913 als Vergleichsmaßstab Rücksicht genommen werden muß. An besonderen Teuerungsfaktoren der deutschen Wirtschaft sind gegenüber dem Ausland und dem Deutschland von 1913 zunächst zu bezeichnen: Die Einführung und die Erhöhung einzelner Steuern, insbesondere die Einführung der zweiprozentigen Umsatzsteuer; die erhöhten Leistungen für die Sozialversicherung; die Belastung der Wirtschaft auf allen Stufen mit einer Reihe unproduktiver Arbeiten, von denen mit der Einführung der Wertbeständigkeit zwar viele verschwinden, andere jedoch, wie die Erwerbslosenfürsorge, zunächst noch fortwirken werden. Von Bedeutung sind auch die Verteuerung der Kohle und die Veränderung der Frachten, die auch nach Einführung der Goldtarife höher geworden sind als im Frieden. In diesem Zusammenhang muß noch der Rückgang der Arbeitsleistung erwähnt werden.

An Verbilligungsmomenten sind auf der anderen Seite einzuzählen die vorläufig noch niedrigeren Mieten und vor allem aber der bekannte sehr große Unterschied zwischen den Goldlöhnen des Inlands und des Auslands. Bei einem Abwägen der Verbilligungs- u. Verteuerungsfaktoren, die auf die deutsche Wirtschaft einwirken, wird man zu dem Schluß kommen müssen, daß sich die Bilanz zum mindesten ausgleicht. Es wird Aufgabe der Preisprüfungsstellen und der Wucherbehörde sein, in Fällen nicht aufgekärter starker Preisunterchiede gegenüber der Vorkriegszeit auf Grund von eingehenden Erhebungen die Frage zu beantworten, ob hier eine unberechtigte Preisforderung vorliegt. In letzter Linie werden durch das Gesetz von An-

gebot und Nachfrage die Preise wirksamer beeinflusst, als durch jeden behördlichen Eingriff. Mit der Einführung der Wertbeständigkeit ist aber auch der Verbraucher nicht wie bisher gezwungen, sein Geld sofort in Waren umzutauschen. Die Möglichkeit zu sparen, wird auf die Ausnutzung der Arbeitsleistung anregend wirken, und Arbeitsamkeit und Spar-sinn gemeinsam werden der Ueberhöhung der Preise Herr werden.

Neue Nachrichten

Neue Finanznöte der Reichsregierung

Berlin, 11. Dez. Wie in Reichstagskreisen bekannt wird, ist der Kredit der Rentenbank an die Reichsverwaltung in Höhe von 1200 Millionen Goldmark jetzt schon beinahe erschöpft, so daß es unumgänglich erscheint, die Bedingung, unter der der Kredit nach dem Gesetz gegeben werden durfte, nämlich die Ausgleichung des Reichshaushalts, zu erfüllen. Man spricht davon, daß entweder die Ausgabe der Papiermark (Inflation) von neuem beginnen müsse, oder daß die Rentenmark im Wert herabgesetzt werde. Bis jetzt besteht noch keine Klarheit, wie der Reichsbedarf gedeckt werden soll.

Keine Einigung mit der Beamtenschaft

Berlin, 11. Dez. In den gestrigen Verhandlungen im Reichsministerium des Innern mit den Vertretern der Beamtenschaft, die zum Teil sehr erregt verließen, wurde eine Verständigung über die Verringerung der Beamtenschaft und die Festsetzung des Gehalts auf die Hälfte des Vorkriegseinkommens nicht erzielt. In letzterer Hinsicht wird die Regierung voraussichtlich einiges nachgeben, dagegen hält sie an der Arbeitszeitverlängerung fest und wird sie durch Verordnung regeln. Der Fünfzähler-Ausschuß des Reichstags hat zunächst die Verordnung über den Personalabbau zu beraten.

Die Staatssekretäre und die höheren Beamten des auswärtigen Amtes haben in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Gehaltsverminderung und andere Pläne der Reichsregierung über die Neuordnung des Dienstes Widerspruch erhoben.

Sozialdemokraten gegen das Ermächtigungsgesetz

Berlin, 11. Dez. Berammlungen von Beauftragten der Sozialdemokratischen Partei sprachen sich mit großer Mehrheit scharf dagegen aus, daß die Fraktion für das Ermächtigungsgesetz gestimmt habe. Dem Abg. Hoffmann, der aus der Fraktion ausgeschlossen worden ist, weil er gegen das Gesetz stimmte, wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Katastrophale Reichsfinanzlage

Berlin, 11. Dez. Im Reichstagsauschuß erklärte heute Reichsfinanzminister Dr. Luther unter Anführung von Tatsachen, die Finanzlage des Reichs sei geradezu niederschlagend.

Beamtendienstverlängerung in Bayern

München, 11. Dez. Eine Bekanntmachung der Staatsministerien bestimmt, daß die 48stündige Dienzeit der Beamten und Angestellten nur das Mindestmaß der Arbeitsleistung darstelle. Soweit es die dienstlichen Verhältnisse erfordern, sei der Beamte verpflichtet, ohne besondere Entschädigung, über diese Dienststunden hinaus zu arbeiten, auch an Samstagnachmittagen. Ueber 54 Stunden in der Woche soll die Arbeitszeit nur vorübergehend bei besonderer Inanspruchnahme der Behörden erstreckt werden. Dienstbereitschaft steht der tatsächlichen Dienstleistung nicht gleich, sie ist vielmehr in der Regel auf die anderthalbstündige Dauer im Verhältnis zur Dienzeit auszudehnen. Die Vorstände sind berechtigt und verpflichtet, die allgemeine Dienzeit den Bedürfnissen entsprechend zu ordnen.

Der Eisenbahnverkehr im englischen Besetzungsgebiet

Köln, 11. Dez. Das Kölner Tagebl. berichtet, daß in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen der englischen Militärbehörde, der deutschen Eisenbahndirektion und der französisch-belgischen Bahnverwaltung über den Bahnbetrieb im englischen Besetzungsgebiet stattgefunden haben, wonach im Lauf dieser Woche der Personenverkehr auf allen Strecken des alt- und neubefesteten Gebiets wieder aufgenommen werden soll. Der Güterverkehr werde aber wegen der Ungeheuerlichkeit des Personals noch lange auf sich warten lassen.

Das Wahlergebnis in England

London, 11. Dez. Bis auf einen Wahlbezirk sind die Ergebnisse nun bekannt. Danach erhielten im Unterhaus Sitze: Konservative 256 (bisher 346), Arbeiterpartei 192 (145), Liberale 156 (118), Unabhängige 10 (9). Auf den Rat von Verfassungsjachverständigen ersuchte der

